

Bürgerinitiative „Hände weg vom Liepnitzwald“
Hans-Jürgen Klemm
Sprecher der BI
16348 Wandlitz
Havelstraße 9

Petition

Wandlitz, den 26. Mai 2014

Der vorliegende Überarbeitungsentwurf zum EEG schadet nicht nur den Menschen und der Natur, er fügt Deutschland und unserem Brandenburger Landkreis Barnim einen nachwirkenden wirtschaftlichen Schaden zu. In gleicher Weise zeigt die angelaufene Diskussion zur Einführung einer Länderöffnungsklausel, wie gekonnt hinter teils konstruierten und dann bezweifelten Rechtspositionen, die Lenkung ausschließlich im Sinne der Profitinteressen von Lobbyverbänden Ihr Entscheidungsverhalten steuern soll. Wir erinnern daher daran:

Sie entscheiden – Ihre Wähler beobachten.

Sehr geehrte Mitglieder des Bundesrates!

Sie entscheiden in Kürze über die Einführung einer Länderöffnungsklausel und im Bundestag wird der Entwurf für ein reformiertes EEG zur Aussprache und Beschlussfassung kommen.

Wird dieser EEG-Entwurf Gesetz, so werden wir uns vom Ziel einer umweltverträglichen, verlässlichen und bezahlbaren Stromversorgung weiter denn je entfernen. Alle Fehlentwicklungen der „Energiewende-Politik“ werden verstärkt. Kommt die Länderöffnungsklausel nicht, wird analoges geschehen. Wir geben Ihnen hier ein kurzes Beispiel dazu und verweisen im übrigen darauf, dass die Belege unserer Behauptungen in den wissenschaftlichen Unterlagen auf den Homepage der Bundesinitiative „Vernunftkraft“ (www.vernunftkraft.de) und in umfänglichen Teilen auch unter www.pro-liepnitzwald.de für Sie nachlesbar sind und daher hier nicht als Anlagen beigefügt werden.

Beispiel Waldzerstörung

Die Zerstörung selbst von großen alten klimaplastischen Wäldern, wie dem Buchenmischwald am Liepnitzsee im Wandlitzer Landschaftsschutz- und Erholungsgebiet des Naturpark Barnim, zwecks Ansiedlung von volkswirtschaftlich fast wirkungslosen Windindustrieanlagen, das ist für uns die sichtbare Spitze des Eisbergs. (<http://www.pro-liepnitzwald.de/galerie.php>) In Brandenburg können lt. statistischer Erfassung der letzten Jahre, die zwischenzeitlich errichteten rd. 3.200 Windkraftwerke an durchschnittlich nur 1.500 von 8.470 Jahresstunden auf Grund der von keinem Menschen gestaltbaren Windverhältnisse Strom in Höhe von deren Nennlast ins Netz einspeisen. Das allerdings setzt zudem voraus, dass dieser just zu diesem Zeitpunkt auch Netzverträglich abgenommen werden kann. Da es aus technischen, physikalischen und letztendlich auch Gründen, der in den benötigten Mengen unrealistischen

bereitstellbaren Rohstoffbasis, es auf Dauer keine nennenswerten Stromspeicher zur Versorgung unserer Volkswirtschaft geben wird, stellen sich zunehmend mehr gut ausgebildete Bürger(innen) ohne ideologische Verklärung im Denken bisher unbeantwortete Fragen, wie z.B. zur Sinnhaftigkeit des angestrebten und fast schon zu einer „Glaubensfrage“ hochstilisierten Ausbauforderung dieser fragilen, periodisch den Wirkungsgesetzen der Chaostheorie folgenden Energiegewinnungstechnologie. Als aufgeklärte Bürger aus dem Brandenburger Landkreises Barnim wenden wir uns auch nach Ansicht einer Ausschussanhörung (http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a16/pa_umwelt/276856) heute mit der eindringlichen Aufforderung an Sie:

Dieser EEG-Änderungsentwurf darf nicht Gesetz werden! **Die Länderöffnungsklausel ist ein Beitrag zur Wahrung der** **Gestaltungs- und Verantwortungshoheit der Entwicklung in den** **Kommunen!**

Das EEG richtet in ökonomischer, in sozialer und nicht zuletzt in ökologischer Hinsicht großen Schaden an. Für den Klimaschutz ist es bestenfalls wirkungslos. Es lähmt den technologischen Fortschritt, da es die Mittel für Forschung vernichtet, Kaufkraft aller Bevölkerungsschichten abschöpft und die Grundversorgung mit Strom für einkommensschwache Bürger nachweislich durch die seit Jahren beständig ansteigende, als EEG-Umlage verballhornte zusätzliche Stromsteuer unbezahlbar macht.

Mit dieser Einschätzung befinden wir uns im Einklang mit dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage¹, dem wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums², der Monopolkommission³, der DENA⁴, der Akademie der Technikwissenschaften⁵, dem energie-wirtschaftlichen Institut der Universität Köln⁶, der Bundestags-Expertenkommission für Forschung und Innovation⁷ sowie unzähligen finanziell und ideologisch unvoreingenommenen einzelnen Wissenschaftlern.

Die **ökonomischen Verwerfungen** sind eindeutig belegt. Zunehmende Energiearmut⁸ macht die Fehlsteuerung mittlerweile auch für weite Teile der Bevölkerung erlebbar.

Beispiel Strompreisentwicklung

Ein Musterhaushalt in Brandenburg mit einem Jahresverbrauch von 4.000 kWh bezahlte 2013 beim Netzentgelt den deutschen Spitzensatz von 345 Euro. In Baden-Württemberg dagegen waren es „nur“ 234 Euro. Auf Grund der regionalen Umlegung der Kosten für die zusätzlichen neuen Stromtrassen der bisher realisierten über 3.200 Windkraftwerke und dutzender Solarparks usw., nimmt Brandenburg mittlerweile einen Spitzenplatz im Strompreis pro Kilowattstunde und ebenso in der installierten Leistung dieser Technologien in Deutschland ein. Sie können es selbst nachempfinden, indem Sie den Preis Ihres eigenen häuslichen Stromverbrauchs wahlweise für eine beliebige Postleitzahl in Bayern, Hamburg, dem Saarland oder Hessen in einem Suchportal Ihrer Wahl ermitteln. Damit wird die Brandenburger Bevölkerung vor allem im ländlichen Raum nicht nur mit den Umweltlasten geschädigt, sondern zur bitteren Krönung auch noch wirtschaftlich bestraft, während Spitzenpolitiker der regierenden Partei SPD sich dafür von den Energiewendegewinnlern, wie zu DDR-Zeiten mit Orden wie dem „Leitstern“ medienwirksam feiern lassen. Was für ein tolles Zeichen ans Volk der wahrhaften politischen Wende.

¹ Vgl. die [Jahresgutachten 2013/14](#) und [2012/13](#).

² Vgl. die Gutachten „[zur Förderung erneuerbarer Energien](#)“ und „[Wege zu wirksamen Klimapolitik](#)“

³ Vgl. das Gutachten [Wettbewerb in Zeiten der Energiewende](#)

⁴ Stephan Kohler, Chef dieser halbstaatlichen Behörde, bezeichnet das EEG wiederholt als „[Wahnsinn](#)“.

⁵ Vgl. Ergebnisse des Projektes „[Energiewende finanzierbar gestalten](#)“.

⁶ Vgl. u.a. [diesen Beitrag des Institutsleiters](#) Professor Marc Oliver Bettzüge

⁷ Vgl. [Gutachten vom 26. Februar 2014](#)

⁸ Der SPIEGEL berichtete am 25.2.14 davon, dass 6,9 Millionen Menschen mehr als 10 Prozent ihres Einkommens für Energie aufwenden müssen.

Die durch das EEG erzeugte Fiskale Umverteilung ist **unsozial** und die Ungerechtigkeit der Verteilung der Lasten nimmt mit jedem neuen Windkraftwerk was errichtet wird zu, da zu den Notabschaltungen aus Gründen der Gewährleistung der Netzstabilität oder Flauteopfern immer mehr dazu kommen und vergütet werden wollen!

Einkommensschwache Haushalte werden überproportional belastet, während jene, die an den Subventionen partizipieren, ohnehin zumeist schon zu den Bessergestellten gehören. Als natur- und heimatverbundene Menschen, die sich zumeist erst mit dem Inkrafttreten des EEG als Betroffene in Bürgerinitiativen zusammenfanden, bewegen uns insbesondere die **ökologischen Verheerungen**, die dieses EEG für die Naturräume, die darin lebenden Kreaturen und die davon unmittelbar betroffene Bevölkerung in den ländlichen Räumen mit sich bringt:

Deutschlandweit sind tausende Windkraftanlagen in Wäldern im Bau und in Planung. Für jede davon werden nach Mitteilung des von einem SPD Minister geführten Ministeriums für Forstwirtschaft in Potsdam, mindestens 15.000 qm Wald gerodet. Davon Dauer verbleiben je Windkraftwerk rd. 7.000 qm „Waldfläche“ dauerhaft nach Bauabschluss Baum frei. Hinzu kommen die schwerlastfähig ausgebauten über 7m breiten Zufahrtswege. So wird ökologisch wertvoller Lebensraum unwiederbringlich zerstört und versiegelt. Wir waren zur Dokumentierung dieses Irrsinns im Wald die Bäume zählen. Mit über 30 Bürgern verschiedener sozialer Herkunft und Alters, aus Berlin und den angrenzenden Umlandgemeinden haben wir dabei ermittelt, dass im Liepnitzwald, einem dem Deutschen Kaiser einst von seinen Lehnsherren für die Erholung der Berliner Stadtbevölkerung „geschenkt“ alten Buchenmischwald im Endmoränenlandschaftsbild an der Seenkette von Liepnitzsee, Obersee, Regenbogensee, Bogensee und Hellsee pro Hektar 1.047 Bäume, darunter 329 Rotbuchen, 495 sonstige Laubbäume, also fast 79 % Laubbäume für jeweils eins der auf 382 Hektar (davon sind nur zwei räumlich getrennte Teilstücke reiner Kiefernwald mit zusammen 25 ha) möglichen 27 Industriebauwerken (lt. Fachplanung beträgt die mögliche Bebaudichte max. 7 Stück / 100 Hektar) gefällt werden müssten. Die unabdingbaren Straßenschneisen und ebenso heute nicht vorhandenen Elektrotrassen kämen noch hinzu. Zurück bliebe ein in sich zerrissenes Fragment eines einst den Reiz der Landschaft und das räumliche Klima prägenden Waldes. Können Sie dabei ruhig zusehen und einfach weiter so oder gar mitmachen? Welch immenser ökologischer Schaden dadurch verursacht würde, können Sie beispielhaft allein aus dem Verlust nur einer einzigen 100 jährige Buche ermessen und es würden tausende gefällt werden müssen. (Anlage beigefügt)

Es gibt auch technische Gründe, die Sie zur Ablehnung bewegen sollten. Zum einen verlieren die Ihnen bekannten, mit Millionenaufwand errichteten kameragestützten Waldbrandwarnanlagen durch die Luft Verwirbelungen der Rotoren von Windkraftwerken Ihre Funktion und damit steigt das Gefährdungspotential zusätzlich an, da die Vorwarnzeiten sich verändern werden. Mit Blick auf großflächige Waldbrände in anderen Regionen dieser Welt ist zum anderen anzuführen, dass brennende **Windkraftanlagen nicht löschar** sind und sich nachgewiesener Maßen die Blitzhäufigkeit (eine nicht unwesentliche Ursache von Waldbränden) signifikant wegen der hohen Industriebauwerke erhöht! **Für die Wehren besteht im Havarie Fall immer Hochspannungs-Stromschlag-Gefahr, was neben der unzugänglichen Brandherdhöhen eine zusätzliche Einschränkung der Handlungsoptionen darstellt!** Es ist somit nur eine Frage der Zeit, bis hierdurch auch in unseren Wäldern der erste großflächige Waldbrand entsteht. **Die Wälder nicht nur unseres Brandenburger Landkreises gehören hinsichtlich der Brandgefährdung zur gleichen Kategorie wie die in Griechenland oder Spanien.** Wer schützt uns, die Einwohner unserer Wald- und Seengemeinde Wandlitz, die Menschen in den Ortsteilen Klosterfelde, Lanke, Prenden, Basdorf, Bogensee, Zerpenschleuse? Wer schützt die Einwohner von Ruhlsdorf, Lobetal (mit seinen zum großen Teil betreut lebenden Menschen), sowie die Einwohner Bernaus und die Genesung suchenden Patienten der Brandenburg Klinik in der Waldsiedlung bei Wandlitz davor? Wer kommt im Ernstfall, der so nicht versicherbar ist, für die kommenden Brandschäden an Hab und Gut und die Folgen von gesundheitlichen Langzeitschäden bei Betroffenen auf? Der Tod ist nicht versicherbar und Sie wissen es ab heute auch und übernehmen mit Ihrer Entscheidung dafür Verantwortung!

Wasserkreisläufe, Filterfunktionen und das lokale Klima werden massiv beeinträchtigt. Der Biomasseanbau für s.g. „Bio“- zutreffender Agrargasanlagen, verwandelt zunehmend einst artenreiche Kulturlandschaften unserer heimatlichen Umgebung in ökologisch tote Agrarsteppen.⁹ Hunderttausende Vögel und Fledermäuse werden mit der im Umweltministerium von Brandenburg für Deutschland zentral geführten Statistik, schon jetzt nachgewiesener Maßen von Windkraftanlagen erschlagen bzw. es platzen schon bei Annäherung die zarten Gewebe der Lungen von Fledermäusen.¹⁰ Ganze Populationen von Greifvögeln und Fledermäusen werden existenziell bedroht.¹¹ Es kommt hinzu, dass von willigen Politikern wohl nicht nur in Brandenburg, die Schutzkriterien zur s.g. „Raumschaffung für Windkraftwerke, erheblich eingeschränkt wurde. Damit wird der in politischen Sonntagsreden so gern und oft beschworene unbedingte Erhalt der Biodiversität ad absurdum geführt.

Im Zuge des Wettlaufs um EEG-garantierte Einnahmequellen erleben wir einen regelrechten bis in die Fachbehörden hinein wirkenden rücksichtslosen **Feldzug gegen die Natur** – bis hin zu handfesten kriminellen Handlungen.¹² Was und wie soll das „Ergebnis“ erst bei einer Verdoppelung der Dichte der Windparks ausfallen? Während in Berlin am vergangenen 25. Mai, dem Tag der Europawahl die Bevölkerung zu einem kostenträchtigen Bürgerentscheid zum Erhalt einer 230 Hektar umfassenden „Spielwiese“ für zumeist „Halbstarke“ Bevölkerungskreise des Kreuzberger Kiezes aufgerufen waren, werden anderen Orts von den Protagonisten dieses Anliegens die Bürden der s.g. „Energiewende“ und Strombeschaffung den Brandenburger Nachbarn überantwortet. Anstatt mit einem Solarpark die verbrauchernahe Energieversorgung über das in Gründung befindliche Stadtwerk selbst am Ort auf den Weg zu bringen, sollen im Besitz von Berlin befindliche Brandenburger Wälder dafür gerodet werden. Ist das noch ironisch kommentierbar oder wie sollten wir Betroffene nach Ihrer Meinung mit diesem Treppenwitz der Energiebeschaffung einer Partyszene damit umgehen?

Die Wirtschaftsweisen erklären in ihrem aktuellen Jahresgutachten sinngemäß:

Wer die Energiewende retten will, der muss den gemeinwohlschädlichen Subventionswettbewerb beenden und den Widerstand der vom EEG profitierenden Interessengruppen überwinden.

Bundesminister Gabriel sagte am 22. April 2014 in Kassel wörtlich:

„Die Wahrheit ist, dass die Energiewende kurz vor dem Scheitern steht. Im Ausland halten uns sowieso alle für Bekloppte“.

Man sei zu lange den Ratschlägen der Profiteure des Subventionssystems gefolgt, gab der Minister bei gleicher Gelegenheit freimütig zu.

Diese Einsicht spiegelt sich im vorliegenden EEG-Entwurf leider gar nicht wieder. Dieser trägt eindeutig die Handschrift der Nutznießer des Subventionssystems. Wenn man berücksichtigt, dass ein „Grüner“ und enger Vertrauter Jürgen Trittins¹³ die Feder führte, so mag dies kaum verwundern:

Ökonomischer Sachverstand wurde komplett ausgeblendet, der einhellige Rat der unabhängigen Wissenschaft in den Wind geschlagen. Die warnenden Hinweise und Beispiele der Bürgerbewegung im Interesse der Lobby (Windradbauer, Landbesitzer, Banken, Versicherungen, Anlagefonds und wohl auch einiger Parteispendenempfänger) und der wirtschaftlichen „Sanierungsinteressen“ klammer Kommunen und selbst des Bundeshaushaltes dank sprudelnder Strom- und Mehrwertsteuer zumeist abgeschmettert.

⁹ Vgl. Flade, M. (2013) mit dem preisgekrönten Aufsatz „[von der Energiewende zum Biodiversitätsdesaster](#)“ aus der Fachzeitschrift Vogelwelt.

¹⁰ Vgl. Michael-Otto-Institut und Leibniz Institut für Zoo- und Wildtierforschung.

¹¹ Vgl. Bellebaum et al (2013): *Wind turbine fatalities approach a level of concern in raptor populations*, Journal of Nature Conservation, Vol. 21 (6).

¹² Dass Rotmilane und andere Arten, deren Vorkommen ein Ausschlusskriterium für Windkraftplanung darstellt, vertrieben oder gar vergiftet werden, ist kein Einzelfall. Am 14.3.2014 berichtete die [Magdeburger Volkszeitung](#) darüber.

¹³ Unter dem Titel „[Die Windkraftlobby ist Staatssekretär bei Gabriel](#)“ war in der WELT vom 19.12.13 über diese Personalie zu lesen.

Im Ergebnis wird eine Reform nur vorgetäuscht. In Wahrheit werden die Missstände zementiert und die Fehlentwicklungen zwangsläufig verstärkt. Besonders gravierend sind:

- 1. Der Einspeisevorrang, die festen Vergütungssätze und die Abnahmegarantien für wetter-abhängigen und nicht grundlastfähigen Strom aus Windkraft- und PV-Anlagen werden unverändert beibehalten. Die „Heranführung an den Markt“ ist eine Farce.**
- 2. Die Pflicht zur Vergütung von nicht eingespeistem Strom wird beibehalten. [vgl. §12]**
- 3. Das absurde Prinzip „je schlechter die Standortbedingungen, desto höher die Subvention“ wird nicht etwa abgeschafft, sondern verstärkt [vgl. §29 (2)]**
- 4. Entgegen dem medial vermittelten Eindruck werden die Subventionen für Windkraft an Land insgesamt nicht etwa gekürzt, sondern erhöht.**

Der gemeinwohl- und naturschädliche Subventionswettbewerb wird ungebremst weitergehen.

Der von der Windkraft- und Solarlobby nahestehenden Verfassern vorgeprägte **Entwurf beruht auf mathematisch, statistisch und technisch falschen Prämissen**. Den Beweis finden Sie bei www.vernunftekraft.de. Die Physik lässt sich nicht überlisten. Der aussichtslose Versuch kommt uns alle teuer zu stehen. Diese fatale Weichenstellung muss behoben werden. **Darüber entscheiden Sie!**

Ihre Entscheidung in Berlin wird **bei uns allen** ganz konkrete Auswirkungen haben.

Im Falle der Annahme des Entwurfes werden **hier bei uns** 200 m hohe Windkraftanlagen in den Erholungswald gebaut. Die wirtschaftliche Basis des erholungsorientierten Tourismus in der Region wird so zerstört, da erholsame Wanderungen im Waldsaum des Industriegebietes wohl keine Anreize bieten werden zu kommen. **Diese Anlagen werden einer sinnvoll definierten Energiewende im Weg stehen und nur deshalb gebaut, weil es aufgrund der Fehlanreize finanziell einträglich ist**. Das weitgehend nutzlose Produkt dieser Anlagen wird für uns alle den Strom nur teurer machen und keine Versorgungssicherheit mit sich bringen.

Ihr Votum im Bundesrat/Bundestag entscheidet darüber, ob es für Windkraftinvestoren finanziell zukünftig weiter lukrativ bleibt, unseren Wald zu zerstören und unsere Heimat zu verschandeln. Ihr Votum entscheidet darüber, ob unser Landkreis Barnim eine lebenswerte Heimat bleibt und wir hier eine lebenswerte Zukunft finden.

Gleiches gilt auch für andere Regionen.

Bitte bedenken Sie:

Die Profiteure der Fehlentwicklungen sind eine lautstarke, aber kleine Minderheit. In wenigen Jahren wird ein Großteil der Bevölkerung erkannt haben, was jetzt nur diejenigen sehen, die sich intensiv mit der Materie beschäftigt haben, dass diese "Energiewende"-Politik völlig falsch konzipiert und zum Scheitern verurteilt ist.

Die Bürger werden dann wissen wollen, wer sich über die gesamte Wissenschaft hinweggesetzt und sich wider besseres Wissen für die beschleunigte Fortsetzung eines falschen Weges ausgesprochen hat. Die Bürger werden dann wissen wollen, wer es abgelehnt hat, die für eine verantwortungsvolle Entscheidung notwendigen Informationen zu verarbeiten. Die Bürger werden dann diejenigen honorieren, die sich gegen einen gefühlten Mainstream gestellt, sich ihres Verstandes bedient und ihre Verantwortung für das Gemeinwohl wahrgenommen haben.

Der in der Anlage erbrachte Nachweis, dass dieser Entwurf des EEG die einschlägigen Probleme nicht lösen, sondern verschärfen wird, ist auf der Internetseite der Bundesinitiative Vernunftkraft unter www.vernunftekraft.de/buerger-im-dialog veröffentlicht. Dort steht auch Ihr Name als Empfänger dieses Briefes. Unter diesem Link finden Sie außerdem alle erwähnten Quellen sowie vertiefende Informationen für eine fundierte Entscheidung.

Jeder Bürger im Landkreis Barnim, in Berlin und darüber hinaus kann somit sicher sein, dass Sie über die gravierenden Mängel des Gesetzentwurfs informiert sind. Wenn Sie mögen, können Sie Ihrerseits darüber informieren, wie Sie mit diesen Mängeln und den Sorgen von uns Bürgern umgehen werden. Gerne lassen wir Ihre Antwort unter genannter Adresse veröffentlichen.

Sie kennen ggf. aus eigenem Erleben die Region, die Hintergründe und Wirkungen der vielen Windparks und die der noch eingeplanten eklatanten Veränderungen im Landschaftsbild dieser einst so schönen, von Theodor Fontane gepriesenen Kulturlandschaften. Unsere Mitbürger in Wandlitz, unsere Mitstreiter und auch wir fragen uns, wieso es so schwer ist, bei zukunftsweisenden Entscheidungen standhaft die Meinung UMZUSETZEN, die man vorher immer wieder verbal betont hat – dem Land und seinen Menschen zum Nutzen zu dienen. SIE, als gewählter Volksvertreter, sind es, der die Entscheidung trifft. Sie sind es, der Stellung beziehen muss. Anstatt um den Job zu bangen, sollten Sie Ihre wirkliche, ehrliche Meinung vertreten. Nicht nur auf allen Ebenen, sondern auch bei der konkreten Verabschiedung von Gesetzen, wozu Sie von uns Bürgern gewählt wurden. Wenn alle Parteien die Mängel erkannt haben, dann kann dieser Entwurf gar nicht verabschiedet werden. Sollte er doch verabschiedet werden, dann haben Sie uns entweder bisher belogen, oder sind im entscheidenden Moment bei der Abstimmung eingeknickt. Aufrechte Entscheidungen braucht es. Und vor allem RICHTIGE.

Um das Schlimmste zu verhindern, müsste unbedingt die Pflicht zur Vergütung von nicht-ingespeistem Strom entfallen. Diese „Härtefall“-Regelung bringt unzumutbare Härten für Mensch und Natur. Im Landkreis Barnim bedeutet das: Zerstörung von Natur und Lebensqualität, Wertminderung von Immobilien, Verlust von Heimat und sozialem Frieden sowie die Gefährdung der Lebensräume sehr vieler streng geschützter Vögel und Sie wissen es! Wie lautete noch das kluge Fazit:

Die Natur kann ohne uns überleben, wir aber nicht ohne eine intakte Umwelt.

Wir appellieren an Sie, diesen Schaden abzuwenden. Stimmen Sie gegen die Änderung dieser EEG-Novelle und verlangen Sie Veränderungen zu den von uns angesprochenen Punkten. **Vor allem verlangen Sie einen Paradigmenwechsel in der Energie- und Förderpolitik zu vollziehen. Weg von immer mehr Verbrauch von allem, hin zur nachhaltigen Absenkung des Verbrauchs und Einsatzes der uns noch verfügbaren Ressourcen.**

Darauf sollten Sie und wir unser Wissen und Können konzentrieren und uns nicht länger davon ablenken lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.

Hans-Jürgen Klemm

Sprecher

Bürgerinitiative „Hände weg vom Liepnitzwald“

Vorstandsmitglied Volksinitiative „Rettet Brandenburg“

Anlage